

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/19

Bonn, den 28. Januar 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Selbstgerechtigkeit ist nicht angebracht</u> Bemerkungen zum "Mansholt-Plan" Von Dr. Hans Apel, MdB, Mitglied des Europäischen Parlaments	41
2	<u>EDMUND REHWINKEL</u> Sein Nachfolger wird es schwer haben	40
3 - 4	<u>Im Zeichen ständiger Gefahr</u> Einheit der Arbeiterbewegung wurde Wirklichkeit Von unserem Korrespondenten in Israel, J.E. Palmon <u>SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:</u> Genugtuung über Leistungsgesetz Ost-Berlin will Spaltung Deutschlands vertiefen Schlesier bei Bürgermeister Weichmann Vertriebene Faktor des wirtschaftlichen Aufschwungs Bisher nur unzureichend geholfen Bereitschaft zu Kontakten aufrechterhalten Petitionen an den Bundestag <u>Peter Stark aus Elbogen</u>	84

Selbstgerechtigkeit ist nicht angebracht

Bemerkungen zum "Mansholt-Plan"

Von Dr. Hans Apel, MdB,

Mitglied des Europäischen Parlaments

Vizepräsident Mansholt erklärt den Widerstand gegen seine neuen agrarpolitischen Vorstellungen u.a. damit, daß die Mitgliedsstaaten ihre eigene Landwirtschaft zu lange in dem Glauben gelassen haben, die EWG werde die gegebenen Strukturen und Preis- und Absatzbedingungen nicht wesentlich ändern. Nun weiche die Nebelwand, die sichtbar werdenden neuen Strukturen schrecken und Mansholt solle dafür verantwortlich gemacht werden.

An dieser Argumentation ist manches richtig. Bei uns hat die Agrarpolitik der Regierungen Adenauer/Erhard/Mende niemals die neuen Dimensionen des Gemeinsamen Marktes richtig einkalkuliert. Es hat insbesondere an einer modernen Strukturpolitik gefehlt, die unsere Landwirtschaft auf die EWG wirksam vorbereitet. Erst Karl Schiller hat ein realistisches, wenn auch manchen schockierendes Programm vorgelegt, das in Verbindung mit den agrarstrukturpolitischen Vorstellungen der SPD - jetzt zum Teil im Agrarprogramm der Bundesregierung aufgenommen - einen Neuanfang ermöglicht.

Es ist auch unrichtig, zu meinen, ohne die EWG hätten wir nicht die Verpflichtung, unsere Agrarpolitik neu zu fassen. Eine moderne, in der Konkurrenz mit anderen stehende Industrienation kann es sich nicht leisten, Produktivkapital und Menschen unsinnig einzusetzen. Unser weiteres Wirtschaftswachstum verlangt auch eine neue Agrarpolitik. Unsere nationalen Mittel reichen gerade eben, um unsere Probleme zu lösen. Damit wird deutlich, wieweit der Mansholtplan gehen kann.

Vor allem muß aber unterstrichen werden, daß die EWG-Kommission einen Teil der Verantwortung dafür trägt, daß sich die Agrarpolitik der Gemeinschaft heute in einer Sackgasse befindet. Lange Jahre waren ja auch die konservativen Agrarpolitiker sehr einverstanden mit Mansholt und seiner Konzeption; insbesondere hinsichtlich der Konzeption der Größe des Familienbetriebes. Stets waren die Vorausschätzungen Brüssels über die Kosten der EWG-Agrarpolitik falsch und machten es damit den Agrarpolitikern vergangener Jahre leicht, die Brüsseler Agrarpolitik fortzusetzen.

Es braucht um Detailvorstellungen des Mansholt-Plans keine allzu große Erregung zu geben. In der Richtung spiegeln sie manches wieder, was Sozialdemokraten in allen Ländern schon lange gefordert haben. Es kann aber nicht übersehen werden, daß es solange nicht denkbar ist, große europäische Visionen im Bereich der Agrarpolitik in die Tat umzusetzen, solange nicht ein Integrationsklima herrscht, das dafür auch eine politische Basis schafft. Deshalb ist die Verwirklichung einer modernen Agrarstruktur vor allem nationales Anliegen. Das Verdienst des Mansholt-Plans ist es, dazu einen weiteren Ansatz zu liefern.

+ + +

EDMUND REHWINKEL

Sein Nachfolger wird es schwer haben

sp - Aus der Nachkriegsgeschichte der deutschen Landwirtschaft ist Werk und Wirken von Edmund Rehwinkel nicht wegzudenken. Nun hat er anlässlich seines 70. Geburtstages sein Amt als Präsident des Deutschen Bauernverbandes, das er viele Jahre mit kräftiger Hand führte, niederlegt, ohne freilich ganz aus dem öffentlichen Leben auszuscheiden. Als Wortführer der niedersächsischen Bauern hat seine Stimme nach wie vor Gewicht und so manches kräftige und auch deftige Wort wird von ihm noch zu vernehmen sein.

Die deutschen Bauern haben diesem vitalen Mann viel zu verdanken; auch seine Gegner schätzen ihn als eine Persönlichkeit, die sich im politischen Leben unüberhörbar Geltung verschaffte. Unter seiner Präsidentschaft vollzog sich jedoch auch in der Landwirtschaft eine Revolution, die hunderttausende Bauern zwang, ihre Höfe aufzugeben und in andere Berufe hinüberzuwechseln. Dieser Prozeß ist noch nicht abgeschlossen und nur mit Mitteln des "Grünen Planes" lassen sich seine schmerzlichen Auswirkungen kaum beheben.

Vielleicht ist vor diesem Hintergrund der Stoßseufzer Edmund Rehwinkels zu verstehen, der es vor seiner Amtsniederlegung bedauerte, daß Prof. Dr. Karl Schiller mit seiner gesamtwirtschaftlichen Politik der Vorausschau nicht schon früher als Bundeswirtschaftsminister zum Zuge kam. Bitter beklagte der Präsident des Deutschen Bauernverbandes die mangelnde Einsicht des ehemaligen Bundeswirtschaftsministers und späteren erfolglosen Bundeskanzlers Erhard, notwendige Veränderungen auf dem Gebiet der Landwirtschaft in den Griff zu bekommen. Das sind für einen grundkonservativen Mann, der Rehwinkel ohne Zweifel ist, fast revolutionäre Einsichten; sie sind freilich auch Zeugnis geistiger Beweglichkeit und Aufgeschlossenheit.

Der Nachfolger, bisher noch nicht gefunden, - es scheint sich auch keiner nach diesem Amt zu drängen - dürfte es schwer haben. Die deutsche Landwirtschaft steht vor Strukturproblemen, zu deren Lösung Subventionen allein nicht ausreichen. Sie lassen im Grunde genommen das Übel bestehen.

Auch scheint sich hier ein Generationenkonflikt anzutun. Der Slogan "Wer Bauer bleiben will, darf und wird es auch bleiben" hält vor der rauen Wirklichkeit nicht Stand. Die ihn predigen, betrügen sich selbst und andere. So mag es denn auch kein Zufall sein, daß gerade die jüngeren Landwirte im Mansholt-Plan nicht unbedingt die Vernichtung des Bauernstandes sehen, sondern einen Versuch, die Landwirtschaft in einer sich rasch verändernden Welt den neuen Gegebenheiten anzupassen.

Im Zeichen ständiger Gefahr

Einheit der Arbeiterbewegung wurde Wirklichkeit

Von unserem Korrespondenten in Israel, J.-E. Palmor

In feierlicher Zeremonie unterschrieben in Jerusalem die Vertreter der Arbeitspartei und der linkssozialistischen Partei Mapam das Abkommen über die Bildung einer "gemeinsamen Front" (hebräisch Maarach, und die vereinigte Gruppierung wird künftig kurz Maarach genannt werden). Die "gemeinsame Front" bedeutet noch nicht das völlige Aufgehen der linkssozialistischen Mapam in der Arbeitspartei, aber allgemein wird die Schaffung der gemeinsamen Front als Vorstufe zu einer kompletten Vereinigung angesehen.

Die unmittelbare Folge der Bildung des "Maarach" ist das Entstehen einer vereinigten Parlamentsfraktion, die 63 von 120 Abgeordneten zählt, also die absolute Mehrheit besitzt. Zu diesen 63 kommen noch vier arabische Abgeordnete, die auf Listen gewählt wurden, die der Arbeitspartei nahe stehen, und damit verfügt die "gemeinsame Front" sogar über 67 Mandate in der Knesset. Auch in der Zentralgewerkschaft Histadrut schließen sich die Fraktionen der Arbeitspartei und der Mapam zusammen, aber dort hat die Mapam in gewissen Fragen sich Freiheit vorbehalten, so z.B. in der Lohnpolitik und in der Beurteilung von Streiks. Diese Probleme und die Beibehaltung gewisser grundsätzlicher sozialistischer Anschauungen waren es, die die Mapam veranlassen, noch nicht den Weg kompletter Vereinigung zu gehen, sondern zunächst sich nur für die gemeinsame Front unter Aufrechterhaltung der getrennten Partei-Organisationen einzusetzen.

Die "Heldin" der Feier der Bildung der Front war Israels ehemaliger Außenminister Golda Meir, denn diese Frau, die längere Zeit auch Generalsekretärin der früheren Mapei war, hat die ganze Zeit über mit besonderem Eifer für die Zusammenarbeit mit der linkssozialistischen Mapam und für Vereinigung der gesamten Linken gekämpft. Ihr Verdienst um die erfolgte Annäherung wurde auch gebührend geübt.

Bei der Unterzeichnung herrschte eine gehobene und feierliche Stimmung und diese drückte sich auch in der Programmklärung der gemeinsamen Front aus, in der die Ziele des Maarach u.a. kurz wie folgt unschrieben werden: "Einheit der Arbeiterbewegung in Israel, Kampf für Frieden, Sicherung der Führerrolle der Arbeiterbewegung, Absorbierung aller produktiven Kräfte der Einwanderung, Streben nach einer sozialistischen Gesellschaft, Sicherung des Gemeineigentums an Bodenschätzen, Förderung aller Wirtschaftssektoren, Verringerung der sozialen Spannung und Gewährleistung der Vollbeschäftigung."

Zugleich spiegelte die Unterzeichnungszeremonie die Spannungen wider, die noch im Arbeiterlager Israels bestehen. David Ben Gurion nahm an der Feier nicht teil und gehört auch nicht zur "gemeinsamen

Front". Er ist heute eine "Ein-Mann-Fraktion" im Parlament und denkt an Aufstellung einer Sonderliste bei den kommenden Wahlen. Sein Fernbleiben wurde von allen Anwesenden tief bedauert, aber er war nicht für Anschluß an die gemeinsame Front zu gewinnen.

Seine früheren Anhänger, die mit ihm zusammen die Rafi-Partei gebildet hatten (die schon im vorigen Jahre in der großen Arbeitspartei aufging) hatten ihre Reservationen gegenüber der gemeinsamen Front. Sie waren mit der Form der Beschlußfassung nicht zufrieden, sie waren auch der Auffassung, daß die Vertretung der Mapam in der gemeinsamen Leitung zu stark sei. Am Ende lehnten die ehemaligen Rafi-Mitglieder formelle Unterzeichnung des Gründungsdokumentes ab, wenn sie auch an der Feier teilnahmen. Aber diese Äußerung des Unmutes wird nicht zu einer neuen Spaltung führen.

Auch die Mapam hat ihre Sonderwünsche. Der Führer der Mapam, Jaari, hatte an die Festversammlung eine Botschaft gerichtet, in der es u.a. heißt: "Wir wollen die Hegemonie der Arbeiterschaft sichern. Wir versprechen kein Idyll und nicht eitel Frieden in der gemeinsamen Front. Wir werden unseren Kampf für eine gerechtere Verteilung der Möglichkeiten zwischen Kapital und Arbeit fortsetzen. Wir werden keinen weiteren Lohnstopp tolerieren, wenn Kapitalisten 30 Prozent Gewinn erzielen."

Diese Ausführungen riefen bei Führern der Arbeitspartei, die für Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft eintreten und den heute in Israel geltenden Lohnstopp als unbedingte Notwendigkeit ansehen, Unwillen hervor, aber Jaaris Erklärungen werden den Weg der gemeinsamen Front nicht wesentlich beeinflussen können, da die außenpolitischen Sorgen eine Einheit erzwingen und alle anderen Probleme in den Hintergrund drängen. Die linkssozialistische Kapam hatte schon vor einigen Monaten eine Kampagne zur Durchbrechung des Lohnstopps gestartet, diese Aktion brach jedoch bald zusammen und die Minister der Partei mußten sich der allgemeinen Linie der Regierung anschließen.

Eine der wichtigsten Aufgaben der neuen "Front" wird die Bestimmung der führenden Kandidaten für die im Herbst stattfindenden Parlamentswahlen sein müssen. Sicherheitsminister Mosche Dajan gewinnt immer mehr an Boden in der Bevölkerung, aber innerhalb der Partei tritt die alte Garde gegen seine Nominierung als Ministerpräsident auf, und wahrscheinlich wird ein Team aufgestellt werden, das Eschkol als Ministerpräsidenten verbunden mit besonderer Heraushebung der Minister Dajan und Eban gegenüber den anderen Kandidaten vorsieht. Eine kürzlich durchgeführte Meinungsumfrage hatte ergeben, daß ein solches Team auch die Billigung weitester Kreise der Wähler finden würde.